

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 23

vom 17. Juni 2011
Redaktion: Katja Richardt

Bund

884. Sitzung des Bundesrates 3

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kein neuer HUS-Fall in Hamburg gemeldet 5

Neue EHEC-Erkrankungsfälle vom Wochenende gemeldet 6

Rückgang der EHEC-Erkrankungsfälle stabilisiert sich 7

Krankenkassen leisten Beitrag zur Versorgung von EHEC-Erkrankten 8

Wirtschaft und Hafen

Wirtschaftssenator Horch: Meinungsaustausch mit Vertretern der Metropolregion Hamburg 9

Unterstützung des Senats für Gemüseanbaubetriebe 10

Schule und Berufsbildung

Grundschulkindern auf den „Spuren der Steine“ 12

Umwelt

Senator Horch begrüßt Green-Tech Delegation aus Boston 13

Amerika erlebt nachhaltige Stadtplanung in Hamburg Delegation aus Boston
zu den Hamburg America Days in der Elbmetropole 14

Warschau, Riga und Tallinn wollen ihre Umweltstandards erhöhen 15

Kultur

80.000 Euro für Kinder- und Jugendkultur 17

Gleichstellung

Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in allen Lebensbereichen beseitigen 19

Internationale Bauausstellung

Der Richtkranz krönt das IBA-Projekt Veringeck 20

Senat

Senat 100 Tage im Amt..... 22

Zur Information

Terminkalender 32

Datum 16.6.2011/lv16

An der 884. Sitzung des Bundesrates nehmen Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Michael Neumann und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil.

Die Tagesordnung umfasst 42 Punkte

Arbeitnehmerüberlassungs- Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz

Der Bundesrat wird über Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes entscheiden, das unter anderem die Bedingungen der Leiharbeit regelt. Durch das Gesetz wird die Möglichkeit geschaffen, unter bestimmten Umständen eine Lohnuntergrenze festzusetzen. Hamburg unterstützt die Änderungen, durch die der Weg für einen Mindestlohn in der Zeitarbeit eröffnet wird. Dadurch wird die Schlechterstellung der - auch im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit beschäftigten Leiharbeiter - gegenüber der festen Belegschaft des Leiharbeitsbetriebs zumindest stark eingeschränkt.

Dies ist ein erster Schritt hin zu einer einheitlichen Entlohnung gleicher Leistungen. Die Bekämpfung von Missbrauch der Leiharbeitsbranche ist ein wesentlicher Baustein, um Armutslöhne und prekäre Beschäftigung zurückzudrängen und unbefristete, sozial abgesicherte und ordentlich bezahlte Normalarbeitsverhältnisse zu stärken. Der Hamburger Senat wird sich weiterhin – wie im Arbeitsprogramm versprochen - auf bundespolitischer Ebene gegen einen Missbrauch der Zeitarbeit einsetzen.

Ausstieg aus der Atomkraft und für Erneuerbare Energien

Hamburg setzt sich für den beschleunigten Ausstieg aus der Atomkraft und für einen zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien ein. Insgesamt sieben Gesetze für eine Energiewende werden dem Bundesrat vorliegen. Neben einer Novelle des Atomgesetzes, um einen Ausstieg bis spätestens im Jahr 2022 sicherzustellen, berät der Bundesrat unter anderem über die Beschleunigung des Netzausbaus, den zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien und einer steuerlichen Förderung für die energetische Gebäudesanierung. Hamburg setzt sich dabei für verbesserte Rahmenbedingungen bei der Offshore-Windenergie, eine dauerhafte Stilllegung der Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel sowie die Begrenzung der finanziellen Lasten für Unternehmen und Verbraucher ein.

Restrukturierungsfondsverordnung zur Konkretisierung der Bankenabgabe – Bundesrat sieht noch Nachbesserungsbedarf

Um in Zukunft Finanzmarktkrisen präventiv begegnen zu können und im Krisenfall handlungsfähig zu sein, wurde Ende 2010 das Restrukturierungsgesetz beschlossen. Darin ist vorgesehen, ein besonderes Reorganisationsverfahren einzuführen, das systemrelevante Banken im Falle einer Sanierung und Reorganisation unterstützt. Damit zukünftig nicht allein der Steuerzahler für solche Restrukturierungsmaßnahmen aufkommen muss, sollen Kreditinstitute eine Bankenabgabe zahlen

(jährlich rund 1 Mrd. Euro), die in einen Restrukturierungsfonds als Sondervermögen des Bundes fließt. Der Fonds soll am Ende ein Volumen von 70 Mrd. Euro erzielen.

Die Rechtsverordnung zum Gesetz, die sich vor allem mit der konkreten Festlegung des Beitragssatzes der Bankenabgabe befasst, wurde im März 2011 vom Bundeskabinett verabschiedet. Der Bundesrat wird der Verordnung mit Unterstützung Hamburgs in seiner Sitzung am 17.6.2011 unter dem Vorbehalt von Änderungen zustimmen. Insbesondere soll zur Entlastung kleinerer Institute, wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken, ein Freibetrag von 500 Mio. Euro bei der Beitragsbemessung eingeführt werden. Um systemrelevante international tätige Großbanken stärker an der Beitragserhebung zu beteiligen, wird zudem die deckelnde Zumutbarkeitsgrenze auf 18% des Jahresergebnisses angehoben (die Bundesregierung forderte 15%). Gegenüber dem Ansatz der Bundesregierung setzt sich der Bundesrat zudem für eine deutlich höhere Berücksichtigung von noch nicht abgewickelten Termingeschäften (Derivate) bei der Beitragserhebung ein. Diese haben sich in der Finanzmarktkrise 2008 als ein relevanter Ansteckungskanal erwiesen. Damit die Verordnung endgültig in Kraft treten kann, muss sie die Bundesregierung die Änderungen des Bundesrates erneut beschließen.

Kinderlärm kein Grund zur Klage

Hamburg hat sich schon in der Vergangenheit mehrfach dafür ausgesprochen, dass Kinderlärm auch in rechtlicher Hinsicht als Ausdruck natürlicher Lebensäußerung von Kindern anerkannt wird und in der Regel auch in Wohngebieten hingenommen werden muss. Bereits 2007 hat Hamburg den durch kindliches Spielen erzeugten Lärm gesetzlich grundsätzlich für sozialadäquat erklärt; dies wurde im Rahmen der landesrechtlichen Möglichkeiten 2010 im Hamburgischen Gesetz zum Schutz gegen Lärm auf dem bisherigen Bundesrecht aufsetzend noch weiter konkretisiert. Hamburg begrüßt, dass der Bund nunmehr die lange angekündigte Änderung des Bundesrechts vorgenommen hat. Hamburg stimmt deshalb im Bundesrat einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zu, der von Kindertagesstätten und Kinderspielplätzen ausgehenden Kinderlärm schon im Bundesimmissionsschutzgesetz privilegiert. Dadurch sollen Klagen, zum Beispiel gegen die Eröffnung von Kindertagesstätten, in Wohngebieten noch weiter erschwert werden.

Senator Horch im Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Der Bundesrat wird den Hamburger Wirtschaftssenator Frank Horch zum neuen Mitglied des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wählen.

Der Verwaltungsrat nimmt Aufgaben im Zusammenhang mit der Überwachung der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der KfW wahr. Darüber hinaus bestellt er die Mitglieder des Vorstandes und beruft diese ab.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109

www.hamburg.de/landesvertretung

14. Juni 2011/bgv14

Kein neuer HUS-Fall in Hamburg gemeldet

In den letzten 24 Stunden wurden in Hamburg keine neuen Fälle des Hämolytisch-Urämischen Syndroms (HUS) gemeldet. Bei den Enterohämorrhagische Escherichia coli (EHEC)-Fällen sind 14 hinzugekommen, davon fünf Verdachtsfälle. Diese Meldezahlen deuten weiter darauf hin, dass sich die rückläufige Tendenz bei den Neuerkrankungen verstetigt. Wegen des Wochenendes und der Feiertage ist bei der Interpretation aber noch immer eine gewisse Vorsicht angebracht.

Bis heute wurden in Hamburg insgesamt 1053 Fälle von EHEC bzw. EHEC-Verdachtsfälle gemeldet. Die gemeldeten HUS-Fälle, bei denen ein stationärer Aufenthalt notwendig war oder ist, blieben seit gestern unverändert bei 181. Frauen sind mit 137 HUS-Fällen nach wie vor überproportional vertreten.

Weitere Informationen zur Erkrankung oder zu Hygienemaßnahmen sind über die Internetseite der BGV unter www.hamburg.de/bgv sowie über den telefonischen Hamburg Service unter 428 28 -0 verfügbar.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

15. Juni 2011/bgv15

Neue EHEC-Erkrankungsfälle vom Wochenende gemeldet

In den letzten 24 Stunden wurden in Hamburg 18 Enterohämorrhagische Escherichia coli (EHEC)-Fälle neu gemeldet. Allerdings ist bei den bekannten Daten die Erkrankung bereits vor dem 10. Juni, also vor dem langen Pfingstweekende, aufgetreten. Die heutige Statistik weist zudem fünf zusätzliche Fälle des Hämolytisch-Urämischen-Syndroms (HUS) aus. Auch in diesen Fällen liegt das erste Auftreten der Erkrankungen jeweils zwischen dem 20. und 25. Mai, so dass ebenfalls nicht von akuten Neuerkrankungen auszugehen ist. Ein weiterer Todesfall war bei einem Mann (Geburtsjahrgang 1920) mit einer EHEC-Infektion zu verzeichnen. Insgesamt wurden somit im Zusammenhang mit der Erkrankungswelle sieben Todesfälle in Hamburg gemeldet.

Bis heute wurden in Hamburg insgesamt 1071 Fälle von EHEC bzw. EHEC-Verdachtsfälle gemeldet. Die Anzahl der gemeldeten HUS-Fälle, bei denen ein stationärer Aufenthalt notwendig war oder ist, beträgt bis heute 186. Frauen sind mit 140 HUS-Fällen weiterhin überproportional vertreten.

Weitere Informationen zur Erkrankung oder zu Hygienemaßnahmen sind über die Internetseite der BGV unter www.hamburg.de/bgv sowie über den telefonischen Hamburg Service unter 428 28 -0 verfügbar.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

16. Juni 2011/bgv16

Rückgang der EHEC-Erkrankungsfälle stabilisiert sich

In den letzten 24 Stunden wurden in Hamburg 20 Enterohämorrhagische Escherichia coli (EHEC)-Fälle neu gemeldet davon 3 Fälle mit HUS. Andererseits hat sich bei 12 EHEC-Verdachtsfällen (einschließlich eines HUS-Falles) der Krankheitsverdacht nicht bestätigt. Damit ist die Gesamtzahl der EHEC-Fälle in Hamburg gegenüber Mittwoch um 8, die der HUS-Fälle um 2 gestiegen. Auch weiterhin ist bei den bekannten Daten die Erkrankung der jetzt gemeldeten Fälle bereits vor dem 10. Juni aufgetreten. Dies gilt auch für die zusätzlichen Fälle des Hämolytisch-Urämischen-Syndroms (HUS). Auch in den Krankenhäusern hat sich die Situation deutlich entspannt. Diese Entwicklung ist kongruent mit der Entwicklung in anderen Bundesländern.

Bis heute wurden in Hamburg insgesamt 1079 Fälle von EHEC bzw. EHEC-Verdachtsfälle gemeldet. Die Anzahl der gemeldeten HUS-Fälle, bei denen ein stationärer Aufenthalt notwendig war oder ist, beträgt bis heute 188. Frauen sind mit 143 HUS-Fällen weiterhin überproportional vertreten.

Weitere Informationen zur Erkrankung oder zu Hygienemaßnahmen sind über die Internetseite der BGV unter www.hamburg.de/bgv sowie über den telefonischen Hamburg Service unter 428 28 -0 verfügbar.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

17. Juni 2011/bgv17

Krankenkassen leisten Beitrag zur Versorgung von EHEC-Erkrankten

Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks begrüßt Lösungsvorschläge

Die Behandlung von EHEC- und HUS-Patientinnen und Patienten hat Hamburger Krankenhäuser in den vergangenen Wochen in außergewöhnlichem Maße gefordert. Die Hamburger Krankenkassen und Krankenkassenverbände haben nun Angebote veröffentlicht, um ihren Beitrag zur besonderen Versorgungssituation zu leisten. Den Krankenhäusern soll die Behandlung der Erkrankten voll vergütet werden, obwohl sie naturgemäß in den jeweiligen Budgets nicht vorgesehen waren.

„Die Kassen hatten bereits zum Ausdruck gebracht, dass auch sie ihren Beitrag zur Bewältigung dieser besonderen Situation leisten wollen. Ich freue mich, dass diesen Worten nun auch Taten folgen und die Krankenkassen sehr schnell der außerordentlichen Herausforderung an unser Gesundheitswesen Rechnung tragen“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Auf diese Weise bekommen die Krankenhäuser in Hamburg Sicherheit, dass sie nicht auf eventuellen Mehrkosten für Behandlungen sitzen bleiben. Die Versorgung der Patientinnen und Patienten wird dadurch auch aus dem Blickwinkel der Finanzierung sichergestellt. Ich möchte aber auch noch einmal allen Ärztinnen und Ärzten wie auch dem gesamten Pflegepersonal für ihren Einsatz in den vergangenen Wochen ausdrücklich danken. Ohne dieses besondere Engagement wäre die Herausforderung, vor die uns die Erkrankungswelle gestellt hat, nicht zu bewältigen gewesen.“

Die Hamburger Krankenkassen und Krankenkassenverbände sichern den von der Behandlung schwerstkranker EHEC-Patienten besonders betroffenen Krankenhäusern zu, im Rahmen der jeweiligen Budgetverhandlungen pragmatische Lösungen zu finden, um eine solide und hochwertige Versorgung der Patienten sicherzustellen. Hierzu gehören konkret folgende Ansätze:

- Verzicht auf die Rückzahlung von Mehrerlösausgleichen, die auf die Behandlung der entsprechenden Patienten zurückzuführen sind.
- Verzicht auf die Realisierung des Mehrleistungsabschlags für diese Leistungen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

15. Juni 2011/bwvi15a

Wirtschaftssenator Horch: Meinungsaustausch mit Vertretern der Metropolregion Hamburg

Die Real Estate North nutzte Hamburgs Wirtschaftssenator Frank Horch, um den Meinungsaustausch mit Vertretern der Metropolregion zu suchen. Auf Einladung des Wirtschaftsförderungsrates der Metropolregion traf der Senator die Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Kreise in der Metropolregion, Landräte und Bürgermeister sowie Landespolitiker aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Wirtschaftssenator Frank Horch appellierte an die Wirtschaftsförderer, sich dafür einzusetzen, dass die Beitritte von Mecklenburg-Vorpommern und dem Landkreis Ludwigslust sowie von Neumünster und von Lübeck zur Metropolregion Hamburg vollzogen werden können. „Wenn wir unsere internationale Sichtbarkeit verbessern und die Chancen nutzen wollen, die sich aus der festen Fehmarnbelt-Querung ergeben, müssen wir zukünftig noch enger zusammenarbeiten. Dies macht insbesondere eine engere Beteiligung der Wirtschaft an der Metropolregion Hamburg notwendig.“

Jochen Winand, Sprecher des Wirtschaftsförderungsrates, ergänzt: „Auf norddeutscher Ebene ist NACH dem Regierungswechsel in einem Bundesland und VOR einem Wechsel beim Nachbarn. Wir müssen arbeitsfähige Strukturen entwickeln, um die notwendige Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg trotz Wettbewerbs untereinander vertrauensvoll, effizient und nachhaltig gestalten zu können.“

Dem Wirtschaftsförderungsrat gehören jeweils ein Vertreter der Wirtschaftsförderungseinrichtungen der Landkreise der Metropolregion Hamburg sowie jeweils ein Vertreter der N Global Niedersachsen, der WTSH Schleswig-Holstein, der HWF Hamburgischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft und der Süderelbe AG an. Das Gremium koordiniert die Aktivitäten der Wirtschaftsförderer insbesondere im Clustermanagement und im Standortmarketing.

Die Initiative für die Real Estate North, die internationale Fachmesse für Gewerbeimmobilien in Nordeuropa, ging vom Wirtschaftsförderungsrat aus. Kommunen, Städte, Wirtschafts- und Metropolregionen wurden mit Immobilienentwicklern, -beratern und -vermittlern, Facility- sowie Projekt-Managern, Investoren, Architekturbüros und Anbietern von Informations- sowie Kommunikationstechnologien zusammengeführt.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841-2239 E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bwvi

16. Juni 2011/bwvi16

Unterstützung des Senats für Gemüseanbaubetriebe

Senator Horch und Senatorin Prüfer-Storcks zu Gast in den Vier- und Marschlanden

Die ländlichen Räume der Metropolregion Hamburg bzw. der norddeutschen Länder sind für die Nahversorgung der Bevölkerung von hoher Bedeutung. In Hamburg gibt es ca. 150 Betriebe, die sich mit der Gemüseproduktion beschäftigen. Davon sind etwa 100 Betriebe von den Marktstörungen wegen Ehec betroffen. Die in nennenswertem bzw. größerem Umfang betroffenen Betriebe werden auf ca. 60 bis maximal 70 geschätzt. Nach Rücksprache mit der Geschäftsführung des Großmarktes Hamburg hat es inzwischen eine deutliche Marktreaktion auf die vor Pfingsten ausgesprochene Entwarnung beim Verzehr von Salat, Gurke und Tomate gegeben. Der Trend zeigt eindeutig nach oben. In welchem Zeitraum eine vollständige Normalisierung des Marktgeschehens erreicht ist, kann momentan noch nicht prognostiziert werden. Der Großmarkt hat inzwischen alle Ergebnisse der Beprobung der Großmarktflächen erhalten. Es gab keine einzige positive Probe.

Senator Frank Horch und Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks haben sich heute vor Ort bei einem Gemüseanbaubetrieb informiert.

Die EU-Kommission hat ein mit 210 Mio. Euro ausgestattetes Hilfsprogramm angekündigt, das frühestens Ende Juli zur Auszahlung kommen soll. Damit werden aber nur maximal 50% des Schadens ausgeglichen, eher weniger. Auf Bund-/Länderebene sind bereits erste Gespräche zur Umsetzung des Programms geführt worden, die vom BMELV koordiniert werden.

Eine weitere Möglichkeit der Unterstützung ist das Angebot von zinsgünstigen Darlehen über die landwirtschaftliche Rentenbank. Das wird von den Betroffenen zurückhaltend bewertet, da es die finanzielle Last ja nicht aufhebt.

Senator **Frank Horch**: „ Der Senat wird die Gemüseanbaubetriebe mit ihren Problemen nicht allein lassen. Wir werden auf Antrag, unter Berücksichtigung des Höchstbetrages der „Agrar de minimis“, jedem Betrieb mit einer Summe von max. 7.500 Euro sofort unter die Arme greifen. Wir arbeiten daran, dies bereits in der kommenden Woche zu starten. Außerdem machen wir der Branche das Angebot, sie bei der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Was ich selbst in dieser Hinsicht tun kann, will ich natürlich gern tun.“

Ein weiteres Problem stellt sich für die Betriebe, die Rucola, Chinakohl oder Feldsalat anbauen. Sie fallen nach der Definition aus der Schadensregelung heraus, obwohl sie in gleicher Weise betroffen sind. Ebenso auch die auf den Anbau von Sprossen spezialisierten Betriebe. Hier wird Hamburg gemeinsam mit anderen betroffenen Bundesländern alle Anstrengungen unternehmen, um den Bund dafür zu sensibilisieren und zu erreichen, dass auch diesen Betrieben geholfen wird.

Zur Information:

„Agrar-de-minimis“ bedeutet, dass in der Summe der letzten drei Jahre ohne weitere Genehmigungen durch die EU maximal 7.500,- €/Betrieb ausgezahlt werden dürfen.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-2239

pressestelle@bwvi.hamburg.de

Im Internet: www.bwvi.hamburg.de

17. Juni 2011/bsb15

Grundschul Kinder auf den „Spuren der Steine“

Gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung hat Frauke Steinhäuser für die Eimsbütteler Geschichtswerkstatt Unterrichtsmaterialien für die Primarstufe entwickelt.

Das Projekt „Spuren der Steine – Stolpersteine als Thema für Grundschul Kinder“ greift das bislang eher für Jugendliche und Erwachsene aufbereitete Thema des Nationalsozialismus auf und beschäftigt sich in kindgerechter Art und Weise mit der Geschichte der Opfer.

Die Unterlagen können ab sofort unter www.hamburg.de/aktuelles-lz/ heruntergeladen werden.

Wo finde ich die Stolpersteine? Welche Informationen sind auf der Oberseite eingraviert? Wie schaut es in der Umgebung eines jeden Stolpersteins aus und wie genau werden diese Gedenksteine eigentlich verlegt? – Diesen und weiteren Fragen gehen die umfassenden wie kreativen Unterrichtsmaterialien für Grundschul Kinder auf den Grund und nähern sich damit behutsam und altersgerecht dem Thema, das derart erschreckend und grausam ist, dass Schülerinnen und Schüler bislang frühestens mit Eintritt in die weiterführende Schule mit ihm konfrontiert wurden: der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus und deren Opfer.

Im Projekt können sich Kinder durch Fragen und Forschen dem Thema nähern. Es umfasst Einzel- und Kleingruppenarbeit, Gespräche mit der ganzen Gruppe, Ortserkundungen, Arbeiten mit verschiedenen Quellenarten und Interviews.

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Lehrerinnen und Lehrer, die sich über den Projektaufbau informieren und den Stoff im Unterricht behandeln möchten.

Die Unterlagen können auf der Homepage der Landeszentrale für politische Bildung www.hamburg.de/aktuelles-lz/ heruntergeladen oder unter info@spurendersteine.de bestellt werden.

Für Rückfragen der Medien:

Dr. Rita Bake, Tel. 040 / 4 28 23 48 04, E-Mail: rita.bake@bsb.hamburg.de

Annika Fritzsche, Tel. 040 / 4 28 23 48 08, E-Mail: annika.fritzsche@bsb.hamburg.de

15. Juni 2011/bwvi15

Senator Horch begrüßt Green-Tech Delegation aus Boston im Rathaus

Besuch im Zeichen von Green Capital

Aus Anlass des Umwelthauptstadtjahres wird eine Delegation aus der US-amerikanischen Wirtschafts- und Wissenschaftsmetropole Boston nach Hamburg kommen. Die Gäste wollen sich über Themen wie Energieeffizienz, nachhaltiges Bauen und Erneuerbare Energien informieren. Die Delegation besteht aus Vertretern staatlicher und privater Einrichtungen und wird vom 15. – 18. Juni unter anderem die Hafencity und die Internationale Bauausstellung besuchen. Außerdem steht ein Besuch bei HySolutions auf dem Programm. Hier geht es um den Einsatz von Brennstoffzellentechnologie im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs. Weitere Themen sind Erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen.

Die Delegation wird von Senator **Frank Horch** heute, am 15. Juni um 18:30 Uhr im Rathaus begrüßt. Senator Horch: „Der Besuch aus Boston zeigt die Strahlkraft von „Hamburg – Green Capital 2011“ auch über die europäischen Grenzen hinaus. Boston ist einer der weltweit herausragenden Standorte für Wissenschaft, Forschung und Innovation, weshalb ich wichtige Impulse für weitere Kooperationen in der Zukunft erwarte.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841-2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

PRESSEMITTEILUNG/hwf16

Amerika erlebt nachhaltige Stadtplanung in Hamburg

Delegation aus Boston zu den Hamburg America Days in der Elbmetropole

Hamburg, 16. Juni 2011 – Nachhaltige Stadtplanung und grünes Bauen sind Hamburger Themen, die auch in den USA auf großes Interesse stoßen. Aus Anlass der Hamburg America Days besucht HamburgAmbassador Bodo Liesenfeld mit einer Delegation aus Boston die Europäische Umwelthauptstadt 2011. Die Gäste wollen sich über Themen wie Energieeffizienz, nachhaltiges Bauen und Erneuerbare Energien informieren. Die Delegation besteht aus Vertretern staatlicher und privater Einrichtungen und wird bis zum 18. Juni unter anderem die HafenCity und die Internationale Bauausstellung besuchen. Außerdem steht ein Besuch bei HySolutions auf dem Programm. Hier geht es um den Einsatz von Brennstoffzellentechnologie im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs. Weitere Themen sind Erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen.

Senator Horch: „Der Besuch aus Boston zeigt die Strahlkraft von „Hamburg – Green Capital 2011“ auch über die europäischen Grenzen hinaus. Boston ist einer der weltweit herausragenden Standorte für Wissenschaft, Forschung und Innovation, weshalb ich wichtige Impulse für weitere Kooperationen in der Zukunft erwarte.“ „Hamburg und Boston sind sich in vielerlei Hinsicht ähnlich, im Stadtbild und auch hinsichtlich der zu bewältigenden Aufgaben“, ergänzte HamburgAmbassador Bodo Liesenfeld. „Diese Reise zum Thema ‚Energieeffiziente Stadtentwicklung‘ soll der Auftakt sein für einen kontinuierlichen Dialog über nachhaltigen Energieeinsatz und urbane Entwicklung, von dem beide Städte und deren Wirtschaftssektoren profitieren werden.“

Hamburgs grüne Visionen lernen die Gäste bei einem Besuch der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg in Wilhelmsburg kennen. Bei einer Bustour mit IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg bieten die Referenzobjekte der IBA interessante Einblicke vor allem zum Thema energieeffizientes Bauen. Die Hamburger HafenCity dient als Beispiel dafür, dass das eigene Umweltzeichen in Gold für herausragende Öko-Bauten sorgt. Zu den ausgezeichneten Bauten gehört die Hauptverwaltung von Unilever am Strandkai, die Stephan Zemmrich von Behnisch Architekten den Gästen vorstellt. Das Büro hat mit dem Bau des Unilever-Hauses wesentlich zum grünen Gesicht des Viertels beigetragen und zeichnet in Boston für den Bau der Genzyme-Hauptverwaltung verantwortlich. Der Besuch der HafenCity-Universität und ein Gespräch mit ihrem Dekan Walter Pelka runden das Programm in der HafenCity ab.

Nach den städtebaulichen Referenzen folgen Gespräche mit zahlreichen Firmen, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen grünes Bauen erst möglich machen. Viele von ihnen sind bereits Mitglied im rasch wachsenden Cluster „Erneuerbare Energien“, das ebenfalls auf der Agenda der Delegationsreise steht. Möglichkeiten zum Austausch mit führenden Vertretern aus Politik und Wirtschaft bieten **heute** ein Empfang anlässlich der offiziellen Eröffnung der „Hamburg America Days“ im Generalkonsulat der USA mit Unterstützung der Handelskammer Hamburg und des American Club of Hamburg, der Senatsempfang im Rathaus sowie ein Treffen mit dem Botschafter der USA, H.E. Philip D. Murphy. Und unterstützt wird die Reise vom deutschen Generalkonsulat in Boston.

Kontakt:

HWF, Andreas Köpke, Bereichsleiter Marketing & Kommunikation
Tel.: + 49 (0) 40 / 227 019 – 23 ; Mobil: + 49 (0) 172 / 415 99 96

17. Juni 2011/bsu17

Warschau, Riga und Tallinn wollen ihre Umweltstandards erhöhen

Der „Zug der Ideen“ fasziniert im Nordosten v.a. junge Leute

In Warschau, Riga und Tallinn begeisterte der „Zug der Ideen“ besonders junge Menschen. Allein in der polnischen Hauptstadt schauten sich 50 Schulklassen die Ausstellung an. Die Jugendlichen faszinierte neben Umweltthemen die interaktive Ausstellungstechnik. Besonderes Besucher-Highlight war z.B. die virtuelle Tour auf dem Hamburger StadtRad durch die HafenCity. Für Fahrradfahrer sind die Bedingungen in osteuropäischen Städten noch schwierig. Warschau, Riga und Tallinn wollen allerdings so schnell wie möglich ihre Radwege ausbauen. In Warschau gibt es beispielsweise regelmäßige Protestdemonstrationen der Radfahrer, die Teile des innerstädtischen Autoverkehrs lahm legen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Schon eine Busspur gilt als großer Fortschritt, da das Auto in der polnischen Hauptstadt noch immer als wichtiges Statussymbol gesehen wird.

Langfristig wollen die zuständigen Behörden von Warschau, Tallinn und Riga die hohen Umweltstandards der EU umsetzen. Beispiele: Durch die Modernisierung von Warschaus größtem Klärwerk Czajka werden statt wie bisher 200.000 Kubikmeter Abwasser nun täglich 435. 000 Kubikmeter behandelt. Schon jetzt freuen sich die Warschauer darauf, dass sie bald in ihrer geliebten Weichsel schwimmen können. Riga erhöht mit der energetischen Sanierung von Gebäuden seine Umweltstandards. Das Rigaer Universitätsklinikum erhielt als erstes Unternehmen Lettlands das EU-Zertifikat „Eco-Management and Audit-Scheme“ (EMAS). In Estlands Hauptstadt Tallinn werden zurzeit der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und der Fahrrad-Infrastruktur mit voller Kraft vorangetrieben. Weitere große Themen sind Abwasserklärung und Abfallbehandlung. Bis zum kommenden Jahr soll in der Nähe Tallinns die erste Abfallverbrennungsanlage Estlands entstehen.

In Warschau, Riga und Tallinn hatte der „Zug der Ideen“ zusammen rund 3.200 Besucher, seit dem Start Mitte April in Hamburg zusammen rund 23.000. Damit liegen die Zahlen nach ungefähr der Hälfte der Strecke klar über den Erwartungen. Die Medienresonanz war auch in Osteuropa hervorragend: So titelte etwa die „Gazeta Wyborcza“, eine der größten überregionalen polnischen Tageszeitungen (Auflage: 376.000), nach der Ausstellungseröffnung: „Warschau ergrünt nach Hamburg“. Die zweitgrößte estnische Tageszeitung „Eesti Päevaleht“ (Auflage: 120.000) verkündete voller Stolz: „Die

Umwelthauptstadt kehrt an jenen Ort zurück, an dem sie geboren wurde.“ Hintergrund: Der heutige estnische Vize-Parlamentspräsident Jüri Ratas hatte in seiner Funktion als Bürgermeister Tallinns das Projekt „Green Capital“ für Europa ins Leben gerufen. Und in der lettischen Tageszeitung „Diena“ (Auflage: 50.000) hieß es: „Der Zug der Ideen aus der Umwelthauptstadt Hamburg ist in Riga angekommen.“ Auch in den führenden elektronischen Medien der drei Länder gab es wieder Beiträge über den „Zug der Ideen“.

Nach Hamburg, Kopenhagen, Malmö, Göteborg, Oslo, Zürich, München, Warschau, Riga und Tallinn steht als nächste Station Wien (20. Juni 2011) auf dem Fahrplan. Danach gastiert die interaktive Ausstellung in Barcelona, Marseille, Nantes, Paris, Brüssel, Amsterdam, Antwerpen und wieder Hamburg. Mit dem Zug der Ideen wird die Umwelthauptstadt Europas 2011 mobil. Die Stadt Hamburg realisiert das Projekt mit Unterstützung von Deutsche Bahn (DB) und Siemens, den Premium-Partnern der Umwelthauptstadt Europas 2011, sowie von Sponsorpartner Panasonic.

Mehr Informationen auf: www.train-of-ideas.net.

Mehr Informationen zur Umwelthauptstadt Europas unter www.umwelthauptstadt.hamburg

Kontakte:

Zug der Ideen: Rainer Müller, 0160 – 96 31 89 40, rainer.mueller@train-of-ideas.net,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, 040)428.40-32
49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

15.06.2011/kb15

80.000 Euro für Kinder- und Jugendkultur

„Kultur bewegt“ fördert 23 Projekte in benachteiligten Stadtteilen



Das Tanztheater- und Filmprojekt „Auf den Spuren des Glücks“, „Der philosophische Weg ins Kinderbuchhaus“ und „So leben wir! Mi Vida“ sind drei von 23 Kinder- und Jugendkulturprojekten, die sich in diesem Jahr über eine Förderung aus dem Fonds „Kultur bewegt“ freuen können. Aus 47 Anträgen hat eine Fachjury die Projekte in den Stadtteilen Altona, St. Pauli, Bahrenfeld, Neustadt, Sternschanze, Barmbek, Horn, Jenfeld, Kirchdorf, Eilbek, Neuwiedenthal, St. Georg, Uhlenhorst, Winterhude, Dulsberg und Wilhelmsburg ausgewählt. (Eine Beschreibung der 23 Projekte finden Sie im Anhang). Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler und die Stifterin Milena Ebel haben die ausgewählten Projekte heute vorgestellt.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur ist für die persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bedeutend. Sie stärkt ihre Kreativität, ihr Selbstvertrauen und fördert ihr Sozialverhalten. Der Fonds „Kultur bewegt“ ermöglicht Kindern und Jugendlichen diese wichtige künstlerische und kulturelle Auseinandersetzung. Ich danke der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel, dass wir auch in diesem – bereits 5. – Jahr wieder besonders nachhaltige Projekte fördern konnten.“

Milena Ebel: „Meinem Mann und mir war es schon immer ein Anliegen, die soziale und kulturelle Entwicklung in Hamburg zu fördern. Wir möchten uns für die Kinder und Jugend in unserer Stadt engagieren – und zwar für diejenigen, die von zuhause aus nur wenig Unterstützung haben. Das Erleben und Mitgestalten von Kultur erweitert den Horizont der Kinder, stärkt sie in ihrem Selbstwertgefühl und fördert die gegenseitige Toleranz. Mit „Kultur bewegt“ unterstützen wir deshalb Projekte, die jungen Menschen in benachteiligten Hamburger Stadtteilen die Welt der Kreativität eröffnen.“

Die Kulturbehörde hat „Kultur bewegt“ 2007 zusammen mit der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel ins Leben gerufen, um kulturelle Projektarbeit mit Kindern und Jugendlichen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu fördern. Dafür stellt die Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel in diesem Jahr 80.000 Euro zur Verfügung.

Die Bandbreite der ausgewählten Projekte reicht von Kunst, Theater, Tanz und Musik über Filmemachen bis zu Projekten von Hamburger Schulen zusammen mit Partnerschulen aus Spanien und Peru. Kriterien für die Förderung waren vor allem Nachhaltigkeit und eine Ein-beziehung der lokalen Strukturen, zudem lag der Fokus auf Bereichen der Stadt, die von kul-tureller Projektarbeit bisher nicht ausreichend erreicht wurden. Mitglieder der Fachjury waren Milena Ebel (Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel), Werner Frömming (Kulturbehörde), Dr. Klaus Langebeck (Behörde für Schule und Berufsbildung a. D.) und Lutz Wendler (Kultur-journalist).

Weitere Informationen unter www.hamburg.de/kultur-bewegt/

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 - 293

pressestelle@kb.hamburg.de

Julia Eble,

Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel – HANSA TREUHAND

040 / 309591 - 53,

jebile@hansatreuhand.de

17. Juni 2011/jb17

Gleichstellung: Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in allen Lebensbereichen beseitigen

Konkrete Maßnahmen für eine umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern waren Thema der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen am Donnerstag (16.6.) und Freitag (17.6.) in Plön. Hierzu gehört die Forderung nach mehr Frauen in Führungspositionen. „Wir brauchen eine verbindliche Geschlechterquote für mehr Frauen in den Führungsetagen der Wirtschaftsunternehmen. Ziel ist eine Quote von 40 Prozent“, fordert **Justizsenatorin Jana Schiedek**. „Wir werden einen Gesetzentwurf für eine gesetzliche Mindestquote für Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft vorlegen. Ohne gesetzliche Regelungen bleiben die Führungspositionen in männlicher Hand. Das haben zehn Jahre freiwilliger Selbstverpflichtung gezeigt“, so **Jana Schiedek**. Im Top-Management deutscher Großunternehmen mit mehr als 20 Millionen Euro Umsatz sind weibliche Führungskräfte nur mit rund sechs Prozent vertreten. Die Justizministerinnen und -minister hatten sich auf ihrer Konferenz am 19. und 20. Mai der Forderung Hamburgs nach einer gesetzlichen Quote für Frauen in Führungspositionen angeschlossen.

Zeitgleich zur Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen hat das Bundeskabinett den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung verabschiedet. Dazu **Senatorin Schiedek**: „Der Bericht ist eine Enttäuschung. Nach anderthalb Jahren Regierungszeit hat Schwarz-Gelb keine konkrete Maßnahme verabschiedet, sondern sich damit herausgeredet, erstmal den politischen Handlungsbedarf zu identifizieren. Das ist viel zu wenig. Unsere Aufgabe ist es, die Ungleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu beseitigen.“ Im Fokus stehen die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, familienfreundliche Arbeitszeiten, flächendeckende Kinderbetreuung und Regeln im Einkommensteuer- und Unterhaltsrecht. „Die Lücke von 23 Prozent beim Einkommen von Frauen und Männern ist heute eine soziale Ungerechtigkeit. Und sie führt morgen zur Altersarmut von Frauen. Das müssen wir verhindern“, so **Jana Schiedek**. Die Beschlüsse der Konferenz sind unter www.gleichstellungsministerkonferenz.de veröffentlicht.

Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

Einzigartiges Modellprojekt für interkulturelles Wohnen

Der Richtkranz krönt das IBA-Projekt Veringeck

Jetzt krönt der Richtkranz den Neubau auf dem Eckgrundstück Veringstraße/Veringweg: Am Donnerstag, 16. Juni 2011 hat der Investor des IBA-Projektes Veringeck Richtfest gefeiert. In dem Modellprojekt für interkulturelles Wohnen im Wilhelmsburger Reiherstiegviertel können ab Herbst 2011 Seniorinnen und Senioren aus unterschiedlichen Kulturen ihren Ruhestand erleben. In dieser Art ist das in Deutschland bislang einmalig. Highlights des Projekts sind eine Tagesstätte, ein Hamam (türkisches Dampfbad) sowie ein Café. Diese Einrichtungen werden als Freizeitangebot für die Nachbarschaft geöffnet sein.

Hamburg, 16. Juni 2011 – „Im Veringeck wird ein innovatives und interkulturelles Angebot für ältere Menschen mit und ohne Migrationshintergrund geschaffen. Ältere Menschen können je nach Bedarf ambulante Unterstützungs- und Pflegeangebote in Anspruch nehmen“, sagt **IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg** zum Richtfest. Einmalig in Deutschland ist die Einrichtung einer Wohn-Pflege-Gemeinschaft für Demenzerkrankte türkischer Herkunft. In allen Fällen werden dabei die Angehörigen aktiv in das Alltagsgeschehen der Bewohnerinnen und Bewohner einbezogen. Ein Hamam sowie ein Stadtteilcafé im Erdgeschoss des Gebäudes werden allen Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers zur Verfügung stehen und sowohl Treffpunkt als auch Freizeitangebot sein.

Der architektonische Gebäudeentwurf des Büros Gutzeit + Ostermann aus Hamburg berücksichtigt mit dem räumlichen Konzept auf vorbildliche Weise die speziellen Bedürfnisse der künftigen Bewohner. Der Betreiber des Veringeck, der Wilhelmsburger Pflegedienst „Multi-Kulti“, wird nach der Fertigstellung für kultursensible Pflegeangebote im Wohnhaus sorgen. Daneben lassen die Gemeinschaftsräume sowie die zahlreichen offenen Bereiche vor den Wohnungen Platz für Begegnung und gemeinschaftliche Aktivitäten der Bewohnerinnen und Bewohner.

Zusammen mit der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV), dem Investor GbR Veringeck, dem Pflegedienst Multi-Kulti sowie der Koordinierungsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften hat die IBA Hamburg GmbH dieses Modellprojekt für interkulturelles Wohnen im Alter entwickelt. Die GbR Veringeck, vertreten durch Hauke Stichling-Pehlke, realisiert das rund dreieinhalb Millionen Euro teure Projekt mit der BGV und der IBA Hamburg. **Stichling-Pehlke** sagt: „Ich freue mich, dass wir das Projekt gemeinsam realisieren und hoffe, dass die Menschen sich bei uns wohl fühlen.“

Bilder oder Visualisierungen können Sie unter folgendem Link ansehen und herunterladen:

Link: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Zugang: [z3JXq9Ca](#)

(Eine Anmeldung oder die Eingabe persönlicher Daten ist nicht erforderlich; der Pin-Zugang verliert 30 Tage nach Veröffentlichung der Pressemitteilung seine Gültigkeit.)

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Enno Isermann, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
enno.isermann@iba-hamburg.de, Tel.: 040 / 226 227 – 335 oder an presse@iba-hamburg.de

14. Juni 2011/pr14

Senat 100 Tage im Amt:

Zusagen werden eingehalten - „Die meinen es ernst.“

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat den Start der SPD-Regierung in Hamburg als „sehr ordentlich“ bezeichnet. „Ich habe vor der Wahl versprochen, dass mein Senat gut und verantwortungsvoll regieren wird. Das machen wir jetzt auch. Die Bürgerinnen und Bürger haben bereits in den ersten 100 Tagen des neuen Senats erfahren: Die meinen es ernst“, sagte Scholz am Dienstag. In ihrem offiziellen Arbeitsprogramm hat die Hamburger Landesregierung die politischen Zusagen aus dem Wahlkampf in verpflichtende, pragmatische Vorgaben umgesetzt. „Wir wollen das moderne Hamburg schaffen. Und wir haben uns auf den Weg gemacht“, sagte Scholz. Schritt für Schritt würden die Vorhaben nun umgesetzt.

Ziel der Arbeit des Senats sei es, „das Leben in unserer Stadt zu verbessern“, sagte Scholz. Angesichts des strukturellen Haushaltsdefizits und der übernommenen Kassenlage konzentriere der Senat seine Investitionen in die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger. „Wir investieren in die Zukunft – in Kitas, Schulen, berufliche Bildung und die Universitäten. Wir investieren in Wohnungen und neue Arbeitsplätze. Alle Hamburgerinnen und Hamburger sollen die Freiheit besitzen, so zu leben, wie sie es wollen und nicht so, wie sie es vermeintlich müssen. Das macht die Lebensqualität und Souveränität der Bürgerinnen und Bürger einer modernen Stadt aus. Und die wollen wir“, sagte Hamburgs Erster Bürgermeister.

Seriöse Finanzpolitik

Scholz nannte den „ordentlichen Umgang mit dem Steuergeld der Hamburgerinnen und Hamburger“ ein zentrales Thema der laufenden Legislaturperiode. Der Senat habe den Mut, die Anforderungen der Schuldenbremse im Jahr 2020 offensiv anzugehen. Deshalb werde der Senat prognostizierte Steuermehreinnahmen nicht ausgeben, sondern langfristig für den Schuldenabbau und die Verringerung der Zinslast einplanen. „An dieser Linie halten wir fest: Wir werden uns an den Ausgaben orientieren, nicht an den schwankenden Einnahmen. Wir werden die Steigerungen bei den Ausgaben auf ein Prozent begrenzen. Das ist solide Politik“, sagte Scholz. Der Bürgermeister sprach von einem „langen, über zehn Jahre laufenden Prozess hin zu einem ausgeglichenen Haushalt“. Möglich werde dieser durch das Prinzip „Pay as you go“: Sinnvolle Mehrausgaben an einer Stelle müssen durch Einsparungen an anderer Stelle im Haushalt kompensiert werden.

„Diese Haltung in der Finanzpolitik wird sich auszahlen“, prognostizierte Scholz. „Ich bin sicher, dass wir bis zum Jahr 2020 einen Haushalt bekommen werden, in dem keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden müssen.“

Scholz betonte, er habe „Verständnis für alle, die den Weg hin zu diesem Ziel sehr anstrengend finden. Aber es handelt sich um eine machbare Sache, die vernünftig ist, und die der Stadt neue Handlungsfähigkeit gibt.“ Der Konsolidierungskurs ermöglicht nach den Worten des Ersten Bürgermeisters weiterhin Investitionen in Zukunftsprojekte. „Aber er zwingt zur Kreativität und zu einer Schwerpunktsetzung bei den politischen Vorgaben des Senats.“ Scholz nannte beispielweise die Stärkung des Hafens und den Wohnungsbau. Wirtschaftssenator Frank Horch habe mit der Hafenwirtschaft bereits Gespräche über den neuen Hafentwicklungsplan aufgenommen. In der Wohnungsbaupolitik vollziehe der Senat derzeit den nötigen Kurswechsel hin zu einer deutlichen höheren Zahl fertiggestellter Wohnungen (s. u.).

Verlässlichkeit politischer Aussagen

Scholz versprach, der Hamburger Senat werde sich auch künftig nicht nur an seine Zusagen sondern auch an seine Absagen halten. So habe der Senat die Einführung von City-Maut oder Umweltzonen ausgeschlossen und das Aus für die Stadtbahn offiziell festgezurr. „Wer auf den Investitionshaushalt der Stadt blickt und auf den Investitionsstau – etwa bei Sanierung und Instandhaltung der Universitäts-Gebäude – der weiß, dass sich Hamburg eine Stadtbahn nicht leisten kann. Und wer sich die Finanzlage der Stadt ansieht weiß auch, dass Hamburg sich eine Stadtbahn in den letzten Jahren nie leisten konnte.“

Rücknahme der letzten Kita-Gebührenerhöhung

Der Senat hat die letzte **Kita-Gebührenerhöhung** des Vorgängerssenats rückgängig gemacht. „Ab 1. August werden viele Hamburger Eltern eine finanzielle Entlastung verspüren“, sagte Scholz. Schrittweise sollten die Gebühren für die Betreuung in der Kita in Hamburg ganz abgeschafft werden. Das sei ein weiterer Schritt des Senats auf das Ziel zu, Hamburg zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands zu machen. Dieses Ziel, verbunden mit der festen Absicht, deutlich mehr bezahlbare Wohnungen zu bauen, bezeichnete Scholz als „unsere Leuchtturmprojekte“.

Herzansliegen: Übergang von Schule in Beruf verbessern

Als weiteren Schwerpunkt für die laufende Legislaturperiode und sein Herzansliegen bezeichnete Scholz eine spürbare Verbesserung beim Übergang Jugendlicher von der Schule in den Beruf. Ziel des Senats sei, dass junge Erwachsene das Abitur machen oder eine Ausbildung absolvieren. Der Hauptschulabschluss müsse „das kulturelle Minimum“ sein, sagte der Bürgermeister. Für den gelungenen Übergang von der Schule in den Beruf sei – gemeinsam mit Arbeitsagentur, Wirtschaft, Kammern und Gewerkschaften – der Aufbau einer Jugendberufsagentur geplant. „Wir wollen

Jugendliche nach dem Ende ihrer Schullaufbahn begleiten, bis sie eine konkrete Berufsperspektive haben – ob mit abgeschlossener Ausbildung oder mit erfolgreich beendetem Studium.“

Abschaffung der Studiengebühren

Der Senat hat den politischen Beschluss gefasst, die **Studiengebühren** abzuschaffen. Zum Wintersemester kommenden Jahres ist das Studium in Hamburg wieder gebührenfrei. „Studiengebühren schrecken insbesondere diejenigen ab, deren Eltern nicht studieren konnten. Studiengebühren sind ungerecht. Deshalb war es wichtig, sie schnell wieder abzuschaffen“, sagte Scholz. Den Hochschulen würden durch diese Entscheidung keine Nachteile entstehen. „Sie bekommen die Einnahmeausfälle durch die Abschaffung der Studiengebühren ausgeglichen. Die Ausgaben für die Hochschulen würden nicht gekürzt“, betonte er.

Der Haushaltsplanentwurf des Senats sieht für das Jahr 2011 Zuweisungen an die Hochschulen - inklusive Staats- und Universitätsbibliothek und UKE – in Höhe von rund 530 Millionen Euro vor. Im Vergleich zum Vorjahr (523 Millionen Euro) entspricht dies einer Steigerung von 1,3 Prozent. „Der Senat nimmt keine Kürzungen vor. Er sorgt für eine Steigerung des Hochschul Etats. Jahr für Jahr“, bekräftigte Scholz.

Stärkung der Kultur

Der Senat hat die **Rücknahme der Kürzungen im Kulturhaushalt** auf den Weg gebracht. Diese Entscheidung stärkte die Kulturmetropole Hamburg in ihrer Konkurrenz mit den anderen Metropolen in Deutschland. „Und mit dieser Entscheidung setzt der Senat allen in der Kultur Engagierten gegenüber ein Zeichen der Wertschätzung“, sagte Scholz.

Kurswechsel in der Wohnungsbaupolitik ist eingeleitet

Auch im Bereich der **Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik** hat sich der Senat **ambitionierte Ziele** gesetzt und erste wichtige Schritte getan: Die Verhandlungen mit der Wohnungswirtschaft für ein „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ laufen bereits und werden voraussichtlich im Herbst abgeschlossen. Ziel ist, eine umfassende Vereinbarung insbesondere über den Wohnungsneubau zu schließen. Gleichmaßen ist mit den Bezirken der Schulterchluss in Sachen Wohnungsbau gelungen. Und SAGA/GWG beteiligt sich mit einem ambitionierten Wohnungsbau. Scholz: „Wir wollen bald Jahr für Jahr 6000 Wohnungen in Hamburg bauen. Das erfordert die Bündelung aller Kräfte.“

Stärkere Interessenvertretung Hamburgs auf Bundesebene

Hamburg werde – auch über die ersten 100 Tage des Senats hinaus –**auf Bundesebene engagierter auftreten**, als das in den letzten Jahren der Fall war, kündigte Scholz an. „Das ist notwendig und hat in der Diskussion über den Atomausstieg schon ganz gut geklappt. Der Ausstieg war unter

Bundeskanzler Gerhard Schröder schon einmal beschlossene Sache. Die CDU-geführte Bundesregierung ist nach einem Irrweg jetzt zum Ausstiegsbeschluss der rot-grünen Bundesregierung zurückgekehrt. Das ist ein Erfolg und das ist eine gute Nachricht für Hamburg. Denn zwei der Kraftwerke in unserer Nähe, Brunsbüttel und Krümmel, werden nie mehr ans Netz gehen.“

Auch bei anderen Themen werde Hamburg auf Bundes- wie internationaler Ebene seine Positionen konsequent vertreten. Das gelte etwa für die **Fahrrinnenanpassung der Elbe**. Hamburg führe dazu Gespräche in Berlin und Brüssel, Kiel und Hannover. „Auch wenn man davon nicht so viel hört, wird engagiert an einem für Hamburg wichtigen Thema gearbeitet“, sagte Scholz.

Neuzuschnitt der Behörden sorgt für Effizienzsteigerung

Als „**erwiesenermaßen sinnvoll**“ bezeichnete Scholz den **Neuzuschnitt der Hamburger Behörden**. Insbesondere die Bildung einer eigenständigen Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz habe sich bereits nach wenigen Monaten als richtig erwiesen, sagte Scholz mit Hinweis auf die „hochprofessionelle Arbeit“ der Behörde von Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks bei der Bekämpfung der EHEC-Infektionen. Kleinere Verwaltungs- und Ministerialeinheiten arbeiteten effizienter und seien besser steuerbar als große. Auch hier zeige sich ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.

Rückfragen:

Christoph Holstein
Sprecher des Senats
Tel.: 040 / 428 31 22 43
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

oder

Jörg Schmoll
Stellv. Sprecher des Senats
Tel.: 040 / 428 31 22 41
Mail: Joerg.Schmoll@sk.hamburg.de

Regierungsprogramm des Senats

Stand der Umsetzung am 14. Juni 2011

Der neue Senat setzt die Vorhaben, die im Regierungsprogramm festgelegt wurden, konsequent und zügig um. Mit seinem Regierungshandeln will der Senat Hamburg zu einer wirtschaftlich starken, familienfreundlichen und sicheren Stadt machen.

Der Senat

- sorgt für die Sanierung des Haushaltes und behält dabei das Ziel fest im Blick, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen;
- schließt Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft und den Bezirken, damit in Hamburg wieder ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht;
- unternimmt erste Schritte zur Abschaffung der Bildungsgebühren, z.B. durch die Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung zum 1. August und die Abschaffung der Studiengebühren im nächsten Jahr;
- schafft die nötige Polizeipräsenz vor Ort;
- investiert in die Infrastruktur der Stadt und sichert die Instandhaltung der Straßen.

Finanzen und Haushalt

- Steuermehreinnahmen werden für die Senkung der geplanten Nettokreditaufnahme und den gezielten **Abbau von sehr teuren Schulden** zur Senkung der Zinslast verwendet. Beispiel: Vorzeitige vollständige Rückzahlung eines Darlehens des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus in Höhe von rund 200 Mio. Euro.
- **Einsparungen in der Verwaltung.** Beispiel: Neuer Briefpostvertrag für die Hamburger Verwaltung ab 1. Juni 2011 mit einer Tochterfirma der Deutschen Post AG. Gesamtersparnis: 1,2 Mio. Euro jährlich.
- Die Finanzbehörde begleitet den **Vertrag für Hamburg**, der eine neue, vertrauensvolle und verbindliche Form der Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirksämtern ermöglichen wird. Mit dem Vertrag werden Senatsziele und bezirkliche Ressourcen in Einklang gebracht.

Wohnen und Stadtentwicklung

- Der Vertrag für Hamburg wird mehrere Themenbereiche umfassen. In einer ersten Vereinbarung vorangestellt ist wegen seiner besonderen politischen Bedeutung der Bereich **Wohnungsbau**.
- Die Verhandlungen mit der Wohnungswirtschaft für ein „**Bündnis für das Wohnen in Hamburg**“ laufen bereits und werden voraussichtlich im Herbst zum Abschluss gebracht. Es soll eine umfassende Vereinbarung, insbesondere über den Wohnungsneubau, geschlossen werden, damit das Ziel, 6000 Wohnungen im Jahr zu bauen, schnell erreicht werden kann.
- **Förderung des Mietwohnungsneubaus:** Erhöhung der Programmzahl von 1.200 auf 2.000 und Einführung eines neuen Förderweges für Haushalte mit mittleren Einkommen.
- **Ein Drittel des Wohnungsneubaus soll geförderter Wohnungsbau** sein, auch auf privaten Flächen über städtebauliche Verträge. Umsetzung: in den Bezirken bei neuen Bebauungsplänen und beim Verkauf städtischer Grundstücke.
- Das städtische Wohnungsbauunternehmen SAGA GWG wird **jährlich 1.000 Wohnungen** bauen.

- Städtische **Wohnungsbaugrundstücke** werden nicht mehr nach dem höchsten Preis, sondern nach dem **besten Konzept** vergeben.
- Gegensteuerung bei erkennbaren Verdrängungsprozessen durch **soziale Erhaltungsverordnungen** (in Vorbereitung z.B. für das Gebiet Eimsbüttel-Süd) und Quartiersentwicklung.

Schule und Berufsbildung

- **Kostenlose Lernförderung** („Nachhilfe“) ab Schuljahr 2011/12 für leistungsschwache Schüler: Dazu wird das bestehende Programm „Fördern statt Wiederholen“ von bisher rund 1,2 Millionen auf bis zu 7,8 Millionen Euro erheblich ausgeweitet. So können pro Schulklasse ein ganzes Schuljahr lang bis zu zwei Wochenstunden zusätzliche Nachhilfe- und Förderstunden für Lerngruppen angeboten werden.
- **Zusätzliche Erzieher- und Sozialpädagogen-Stellen:** Zum kommenden Schuljahr 2011/12 werden 108 zusätzliche Stellen für Erzieher und Sozialpädagogen geschaffen, um Sonderschülerinnen und -schüler an den allgemeinen Schulen besser zu unterstützen. So können künftig erheblich mehr Unterrichtsstunden doppelt besetzt werden.
- **Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket in Hamburg:** Übernahme des im Bundespaket vorgesehenen Eigenanteils in Höhe von 1 Euro pro Mittagessen, so dass alle förderberechtigten Kinder und Jugendlichen in Hamburg kostenlos in der Schule Mittag essen können; Übernahme des vorgesehenen Eigenanteils für Schüler-Abo-Jahreskarten in Höhe von 14 Euro – davon werden zu den bereits bislang rund 5.000 so geförderten Schülerinnen und Schülern noch 1.100 zusätzlich profitieren.
- **Neue Stundenpläne an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien:** Die neuen Stundentafeln für alle Hamburger Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien sind mit breiter Unterstützung beschlossen worden. Für Grundschule und Sekundarstufe I von Stadtteilschule und Gymnasium wurden neue **Bildungspläne** vorgestellt. Damit wird der Schulfrieden umgesetzt. Wir werden an dieser Schulstruktur festhalten und für besseren Unterricht sorgen.

Arbeit, Soziales, Familie

- **Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket**
 - Die Verfahren in Hamburg haben bundesweit Vorbildcharakter, da sie für die betroffenen Familien möglichst unbürokratisch gestaltet wurden und das Angebot zum Mitmachen für die rund 78.000 Kinder und Jugendlichen in Hamburg bereits sehr breit ist.
 - Anders als vom Bundesgesetzgeber vorgesehen, sollen in Hamburg alle Kinder, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, die Chance haben, vom Bildungs- und Teilhabepaket zu profitieren. Mit einer Bundesratsinitiative soll die bisherige Ungleichbehandlung zwischen Kindern, die erst kurz in Deutschland leben und Kindern, die mehr als vier Jahre hier sind, gänzlich abgeschafft werden. Solange ist beabsichtigt, dass Hamburg die Kosten für sie aus Landesmitteln übernimmt.
 - Insgesamt stehen für das Bildungspaket, die freiwilligen Leistungen Hamburgs sowie für zusätzliche Schulsozialarbeit rund 61 Millionen Euro zur Verfügung.
- **Kita-Sofort-Paket**
 - Rücknahme der Gebührenerhöhung sowie Abschaffung des Essensgeldes für alle Kinder in der Kindertagesbetreuung, Entlastung der Hamburger Eltern in diesem Jahr um 18,8 und im kommenden Jahr um 46,2 Millionen Euro.

- Ausweitung des Betreuungsanspruchs von Schulkindern mit berufstätigen Eltern oder mit einem dringenden pädagogischen Betreuungsbedarf bis zum vollendeten 14. Lebensjahr.
- Von der Beitragsfreiheit im vorschulischen Jahr werden ab August auch zum Einschulungszeitpunkt noch nicht schulpflichtige Kinder – sogenannte „Kann-Kinder“ – profitieren.
- **Perspektiven für Langzeitarbeitslose in Schulkantinen:** Die Schulküchen werden vorübergehend im Wege der Arbeitsgelegenheiten (sog. 1-Euro-Jobs) fortgeführt. Im kommenden Jahr soll der Betrieb der Schulküchen in Hamburg auf eine neue Basis gestellt werden. Mit der Entwicklung entsprechender Konzepte ist bereits begonnen worden. Nach Möglichkeit sollen aus den Arbeitsgelegenheiten sozialversicherungsspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen.
- In Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Integrationsbeirates wurde ein Konzept erarbeitet, das dessen **Aufwertung** zum Ziel hat. Unter anderem ist vorgesehen, dass der neue **Integrationsbeirat** Beschlüsse mit deutlich höherer Verbindlichkeit fassen wird, Berichtsdrucksachen zum Stand seiner Arbeit für die Hamburgische Bürgerschaft vorlegt und dass die Zahl der Mitglieder reduziert werden soll, damit der Beirat effizienter arbeiten kann.

Wirtschaft, Verkehr, Innovation

- Hafententwicklung: Der Entwurf des vom Vorgängerssenat vorgelegten **Hafenentwicklungsplans** wird nicht weiter verfolgt. Der Senat organisiert stattdessen einen breit angelegten Beteiligungsprozess mit den maßgeblichen Verbänden, um die für den HEP relevanten Themen zu diskutieren und soweit wie möglich gemeinsam zu erarbeiten. Es soll ausreichend Zeit zur Verfügung stehen, um einen sorgfältigen und fachlich fundierten Hafenentwicklungsplan vorzulegen. Dieser Beteiligungsprozess beginnt Mitte Juni 2011 mit einer politischen Auftaktveranstaltung im Rahmen eines „Hafengipfels“.
- Der Senat setzt sich mit Nachdruck für die **Fahrrinnenanpassung der Elbe** ein und führt dazu Gespräche in Berlin und Brüssel, Kiel und Hannover.
- Start des **Clusters Erneuerbare Energien** (Gründung und organisatorischer Aufbau der „Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur GmbH“, erste inhaltliche Angebote und Veranstaltungen der Clusteragentur, internationales Marketing für das Cluster und Aufnahme von Mitgliedern im "Verein zur Förderung des Clusters Erneuerbare Energien e.V."), Start des **Clusters Maritime Wirtschaft**
- **Masterplan Handwerk:** Gemeinsam mit der Handwerkskammer wird zurzeit ein Konzept erstellt, dass bereits im kommenden Herbst vorgestellt werden wird.
- Eröffnung des **Hamburg Center of Aviation Training HCAT**, einer bundesweit einzigartigen Lernortkooperation zwischen Unternehmen, Wissenschaft und der Stadt.
- Bis 2020 sollen **alle U-Bahn-Haltestellen** in Hamburg so umgebaut werden, dass sie **barrierefrei** zugänglich und nutzbar sind. Die Hochbahn hat mit den Planungen und Vorarbeiten für die ersten 20 Haltestellen begonnen.
- Eine Arbeitsgruppe erstellt ein Konzept für den **Öffentlichen Personennahverkehr** mit dem Ziel, in Hamburg das modernste Bussystem Europas zu schaffen.
- **Straßenbau und Straßenerhaltung:**

- Vor dem Hintergrund der hohen Sanierungsbedarfe in diesem und im kommenden Jahr wurden jeweils **zusätzlich 5 Mio. Euro** bereit gestellt. Zudem werden 10 Mio. Euro für die Behebung von Winterschäden jetzt jedes Jahr bereitgestellt.
- **Ausbau der BAB A 7** nördlich des Elbtunnels bis zur Landesgrenze Schleswig-Holstein/Überdeckung A 7: Der Planfeststellungsabschnitt Schnelsen wird vorbereitet. Im Sommer 2011 wird bereits das Verfahren beginnen. Im Abschnitt Stellingen beginnen in diesem Jahr bereits erste Baumaßnahmen.
- **Neubau der BAB A 26** zwischen der Landesgrenze Niedersachsen und der A 7: Der Bund hat der Entwurfsplanung im April 2011 zugestimmt. Hamburg kann dadurch in den kommenden Monaten die Planfeststellung einleiten. Die Planung und Realisierung wird zügig vorangetrieben, um eine gemeinsame Verkehrsfreigabe mit dem angrenzenden niedersächsischen Abschnitt zu gewährleisten.

Hochschulen, Wissenschaft, Forschung

- Zum Wintersemester 2012/13 werden die **Studiengebühren** in Hamburg **abgeschafft**. Die dadurch den Hochschulen wegfallenden Einnahmen werden in voller Höhe kompensiert.
- Zusammen mit dem Bund und Niedersachsen wird Hamburg ein **Zentrum für strukturelle Systembiologie** (CSSB) auf dem Campus des Deutschen Elektronen-Synchrotrons (DESY) in Bahrenfeld errichten, um die in Hamburg vorhandene wissenschaftliche Kompetenz in diesem Bereich, insbesondere bei der Infektions- und Immunitätsforschung, zu konzentrieren und so Forschungsaktivitäten optimal zu bündeln und Synergieeffekte zu erzielen.
- Zudem beteiligt sich Hamburg zusammen mit Schleswig-Holstein mit 10 Prozent an zwei der bundesweiten **Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung**, dem Deutschen Zentrum für Infektionsforschung (DZIF) und dem Deutschen Zentrum für Herz-Kreislauf-Erkrankungen (DZHK). Außerdem soll ein **Max-Planck-Institut** auf dem DESY-Campus etabliert werden. Erste Verhandlungen mit der Max-Planck-Gesellschaft haben stattgefunden.
- Viele **Gebäude der Hamburger Hochschulen** haben einen hohen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf, weil im vergangenen Jahrzehnt kaum in den Erhalt der Bausubstanz investiert wurde. Hierfür wird Hamburg hohe dreistellige Millionenbeträge aufbringen. Erste Baumaßnahmen werden bald am Universitäts-Campus an der Bundesstraße beginnen und damit zugleich die Klimaforschung mit dem Exzellenzcluster voranbringen. Weitere Schritte am Universitäts-Campus Von-Melle-Park aber auch an anderen Hochschulstandorten – insbesondere der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg am Berliner Tor – werden zügig konkretisiert.
- **Hochschulfinanzierung:** Der Haushaltsplanentwurf des Senats sieht für das Jahr 2011 Zuweisungen an die Hochschulen von rund 530 Mio. Euro vor. Im Vergleich zum Vorjahr (523 Mio. Euro) entspricht dies einer Steigerung von 1,33 Prozent. Hinzu kommen in 2011 noch Ausgleichszahlungen für Tarifsteigerungen. Der Senat sorgt damit für eine nominale Steigerung des Hochschuletats. Es besteht daher auch keine Notwendigkeit zur Schließung von Studiengängen und wissenschaftlichen Disziplinen oder für einen massiven Personalabbau. Die 11 Mio. Euro der Wissenschaftsstiftung bleiben im Wissenschaftsetat erhalten und werden zur Forschungsförderung an den Hamburger Hochschulen weiter zur Verfügung stehen. Die Wissenschaftssenatorin wird Gespräche mit den Hochschulen über deren Perspektiven und Entwicklungsplanungen führen, um einen verlässlichen Rahmen für die mittel- und langfristige Mittelausstattung zu erarbeiten.

Gesundheit und Verbraucherschutz

- **Sicherung des Fachkräftenachwuchses in der Pflege:** Die „Hamburger Initiative Altenpflege 2011“ wurde auf den Weg gebracht. So wird die Finanzierung des dritten Umschulungsjahres sichergestellt und mindestens 50 Arbeitssuchende können eine Weiterbildung bzw. Umschulung zur Altenpflege erhalten. Außerdem soll zum Ausbildungsjahr 2011/12 die Anzahl der Altenpflegeschüler um 60 auf dann 370 steigen. Eine gerade gestartete Imagekampagne hat das Ziel, Pflegeberufe deutlicher in das Blickfeld der Schülerinnen und Schüler zu rücken und den Anteil männlicher Pflegekräfte zu erhöhen.
- Hamburger Programm zur **Förderung der Kinder- und Familiengesundheit:** Das Rahmenprogramm „Gesund aufwachsen in Hamburg“ soll die Bedingungen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern in schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen insbesondere durch eine Stärkung der Kompetenzen der Eltern verbessern. Es werden die rechtlichen Voraussetzungen für die Evaluation des Einlade- und Meldewesen zu den U6-/U7-Untersuchungen geschaffen.
- **Mehr Transparenz in der Lebensmittelüberwachung:** Hamburg hat sich auf der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) erfolgreich für die sog. Hygiene-Ampel eingesetzt, die die Ergebnisse von amtlichen Lebensmittelkontrollen transparent machen soll. Dieses Vorhaben wird auch weiterhin verfolgt.
- Hamburg hat sich gemeinsam mit anderen Ländern im Bundesrat erfolgreich für einen besseren **Anlegerschutz** auf dem Grauen Kapitalmarkt eingesetzt, indem eine teilweise Aufsicht über die freien Anlagevermittler durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen beschlossen wurde. Auf Hamburgs Initiative wurde außerdem beschlossen, dass bei der Einführung des Vermögensanlagen-Informationsblattes ein Formblatt mit standardisierten Antwortmöglichkeiten verwendet werden soll.
- Für mehr **Sicherheit in der Medizin** und eine **Stärkung der Patientenrechte** im Rahmen eines eigenständigen, umfassenden Patientenrechtegesetzes wurde eine Beschlussinitiative zur Gesundheitsminister-Konferenz eingeleitet.
- Hamburg hat sich gemeinsam mit anderen Ländern im Bundesrat erfolgreich für einen besseren Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor **unerlaubter Telefonwerbung** eingesetzt. Ein am Telefon geschlossener Vertrag soll künftig nur noch zustande kommen, wenn er binnen zwei Wochen in Textform (per Fax, E-Mail oder schriftlich) bestätigt wird.

Inneres

- Es werden **mehr Polizisten** ausgebildet. Zum 1. August 2011 wird bereits eine zusätzliche Klasse von Polizeischülern eingestellt. Damit kommen zum nächstmöglichen Termin zu den bisher 100 Polizeianwärterinnen und -anwärtern weitere 25 Polizeischüler hinzu. Insgesamt werden dann in diesem Jahr 238 neue Polizisten ausgebildet. Künftig sollen es jährlich 250 werden. Damit ist sichergestellt, dass jeder in den nächsten Jahren ausscheidende Polizeibeamte umgehend durch eine gut ausgebildete Nachwuchskraft ersetzt werden kann.
- Die Stadt erhöht die **Sicherheit im ÖPNV**. Derzeit laufen intensive Gespräche mit den Verkehrsunternehmen im HVV, die kurz vor dem Abschluss stehen. Ziel ist es, 100 zusätzliche Sicherheitskräfte auf die Bahnsteige zu bringen. Für die Stärkung der Sicherheit in U- und S-Bahnen stellt der Senat 4 Millionen Euro zur Verfügung.
- Hamburgs Polizeikommissariate bekommen personelle Verstärkung. Dazu werden **100 Polizistinnen und Polizisten an die Kommissariate** versetzt. Die Polizeiführung wird dazu ein Konzept vorlegen, das noch in diesem Sommer umgesetzt werden soll.
- Hamburg wird im Kampf gegen verfassungsfeindliche Parteien alle sich bietenden rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Deshalb wird sich Hamburg auf der kommenden Innenministerkonferenz dafür einsetzen, ein neues **Verbotsverfahren gegen die NPD** einzuleiten.

- Technische Aufrüstung bei der Hamburger Polizei: Anfang Juni sind 6.000 Computer der Polizei online gegangen. Damit haben jetzt **alle PC-Arbeitsplätze** einen **Internetzugang**.

Umwelt und Energie

- Start des „Zugs der Ideen“, der Umwelthauptstadt-Dialoge und zahlreicher anderer Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der „**Umwelthauptstadt Europas 2011**“
- Das **Naturschutzgebiet** „Die Reit“ wird um rund 43 Hektar in der Fläche fast **verdoppelt**. Damit werden wertvolle Flächen für Amphibien und Wiesenvögel unter Schutz gestellt.
- Der landwirtschaftlich genutzte Wilhelmsburger Osten soll großräumig (auf rund 750 ha) durch ein **neues Landschaftsschutzgebiet** vor Zersiedelung und Umwandlung geschützt werden.
- Fortsetzung der **Umweltpartnerschaften**, inkl. des Programms „Unternehmen für Ressourcenschutz“ zur Erreichung der CO₂-Minderungsziele des Klimaschutzkonzepts auf bestehendem Finanzierungsniveau.
- Im Rahmen der Recycling-Kampagne **Einführung der Hamburger Wertstofftonne**: In die gelben Tonnen und Säcke dürfen jetzt zusätzlich ohne Aufpreis Abfälle aus Kunststoff und Metall.

Justiz

- Der Senat stärkt die Unabhängigkeit des **Hamburgischen Datenschutzbeauftragten**. Ihm soll, vergleichbar den Richterinnen und Richtern, ein höheres Maß an Unabhängigkeit zukommen. Damit soll eine effektive und unabhängige Kontrolle des Datenschutzes im nicht-öffentlichen und im öffentlichen Bereich gewährleistet werden. Der Datenschutzbeauftragte unterliegt bisher, soweit er nicht-öffentliche Stellen überwacht, der Rechtsaufsicht durch den Senat. Das Datenschutzgesetz soll dahingehend geändert werden, dass der Datenschutzbeauftragte nur noch einer eingeschränkten Dienstaufsicht und keiner Fach- oder Rechtsaufsicht unterliegt.
- Bei entlassenen Sicherungsverwahrten kann die **Elektronische Aufenthaltsüberwachung** („Fußfessel“) ein sinnvolles Instrument, sein, um den Aufenthalt der betreffenden Person zu überwachen. So kann überprüft werden, ob gerichtlich angeordnete Gebots- oder Verbotszonen eingehalten werden. Die Überwachung mit elektronischer Fußfessel soll in Hamburg eingeführt werden. In diesem Sommer sollen die rechtlichen, mit Beginn des kommenden Jahres auch die technischen Voraussetzungen für den Einsatz erfüllt sein.

Kultur

- Die Zusage, die durch den Vorgängersenate geplanten **Kürzungen im Kulturbereich zurückzunehmen**, gilt und wird im neu vorgelegten Doppelhaushalt umgesetzt.
- **Hamburger Öffentliche Bücherhallen**: Im Rahmen des Hamburger Bildungs- und Teilhabepakets können Kinder von Leistungsberechtigten seit April 2011 kostenlos das Angebot der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen nutzen.
- **Gründung des Bundesjugendballetts** mit Sitz am Ballettzentrum Hamburg: Hierfür stellt der Bund über vier Jahre jeweils 700.000 Euro zur Verfügung.
- Vereinfachtes Aufenthaltsrecht für **ausländische Künstler und Kreative**: In Abstimmung mit der Innenbehörde hat die Kulturbehörde neue Verfahrenswege entwickelt, die den Zuzug für ausländische Kunst- und Kreativschaffende nach Hamburg erleichtern. Das Ziel ist, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen und administrative Hürden zu verringern.

Terminkalender

Vom 20. bis 26. Juni 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 20.06.2011

- 10:00** HPA – Speicher T
Senator Frank Horch gibt den Startschuss für den **„Port Road Management“ im Hamburger Hafen.**
- 10:00** Bundesrat Berlin, Leipziger Str. 3-4, 10117 Berlin
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) teil.**
- 12:30** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen eines **Senatsempfangs zum Tag des Mittelstandes 2011.**
- 17:00** IBA-Dock Hamburg
Staatsrat Michael Sachs verleiht den **Baugemeinschaftspreis.**
- 19:00** Hamburger Rathaus - Innenhof
Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jana Schiedek, Senator Detlef Scheele, Senator Michael Neumann, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Frank Horch, Staatsrat Dr. Rolf Kleindiek, Staatsrätin Dr. Kristina Böhlke, Staatsrat Andreas Rieckhof, Staatsrat Jens Lattmann und Staatsrat Jan Pörksen nehmen am **Parlamentarischen Sommerfest** teil.
- 19:00** Überseeboulevard
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht im Rahmen der **Hamburg Art Week zur Vernissage der Fotoausstellung von Kanjo Také „FUKUSHIMA aus dem Zyklus NOWHERE or 36 views of fujiyama“** ein Grußwort.

Dienstag, den 21.06.2011

- ganztägig** Frankfurt/Main
Senator Michael Neumann und Staatsrat Volker Schiek nehmen vom 21.06.- 22.06.2011 an der **Konferenz der Innenminister** teil.
- 08:00** Paris
Staatsrat Dr. Bernd Egert besucht die **„Paris Air Show 2011“** und spricht ein Grußwort auf dem Gemeinschaftsstand „Hanse Aerospace e.V.“.
- 15:00** Berufsbildungswerk Hamburg, Reichsbahnstraße 53+55
Senator Detlef Scheele hält auf der **Fachtagung des Berufsbildungswerks zum Thema „Die Stadt, die Arbeit und das Soziale“** eine Rede.
- 16:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Preisverleihung und Fachtagung „Vielfalt in Ausbildung und Arbeit 2011“** ein Grußwort.

- 16:30** Max-Brauer-Allee 138
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich des **Sommerfestes des Hamburger Fürsorgevereins von 1848 e.V.** ein Grußwort.
- 18:00** Anglo German Club, Harvestehuder Weg 44
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Garden Party Reception** anlässlich des Geburtstags von Queen Elisabeth II.
- 19:30** Hamburger Kammerspiele, Hartungstraße 9 - 11
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht das **9. HANSE RENDEZVOUS**.
- 20:00** St. Georgskirche, St. Georgskirchhof
Staatsrat Jan Pörksen nimmt am **Sommerempfang des ev.- luth. Kirchenkreises Hamburg Ost** teil.

Mittwoch, den 22.06.2011

- 09:00** Johannisbergstraße 1, 39104 Magdeburg
Staatsrat Jan Pörksen nimmt an der **Mitgliederversammlung zur Wahl der Hauptausschussmitglieder** der öffentlichen und privaten Fürsorge teil.
- 12:00** Universität Hamburg, Hauptgebäude (Hörsaal B)
Senatorin Jutta Blankau eröffnet die **Veranstaltung Ökoprofit-Hamburg**.
- 12:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **85. Geburtstages von Siegfried Lenz** im Rahmen eines Senatsfrühstücks ein Grußwort.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt teil.
- 14:00** Festsaal Altonaer Rathaus
Senator Detlef Scheele spricht bei der **Kita21 Auszeichnungsveranstaltung** ein Grußwort.
- ganztägig** Chicago
Senator Frank Horch nimmt vom 22.06.2011 – 26.06.2011 an einer **Delegationsreise („Chicago Hamburg Business Forum 2011“)** nach Chicago teil.
- 17:00** Börsensaal der Handelskammer
Staatsrätin Dr. Kristina Böhlke spricht anlässlich des **Senatsempfanges ICS „International Supercomputing Conference 2011** ein Grußwort.
- 18:00** Rudolf-Steiner-Haus, Großer Saal, Mittelweg 11-12
Staatsrat Holger Lange spricht ein Grußwort bei der **Veranstaltung World Future Council und Zukunftsrat Hamburg**.
- 20:00** Messehallen A1/A2
Senator Michael Neumann besucht die **Eröffnung der 18. Europäischen Betriebssportmeisterschaften (XVIII. European Company Sports Games)** und spricht ein Grußwort.

Donnerstag, den 23.06.2011

- 09:30** Verbandstag vnw, Empire Riverside Hotel, Bernhard-Nocht-Str. 97
Staatsrat Michael Sachs spricht ein Grußwort zur **Eröffnung des Verbandstages des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. (vnw)**.

- 10:00** Lufthansa Technik, Weg beim Jäger 193
Bürgermeister Olaf Scholz besucht die **Technische Basis der Lufthansa Technik AG.**
- 11:00** Rathaus, Kaisersaal
Senator Michael Neumann gibt einen Senatsempfang anlässlich der **18. Europäischen Betriebsportmeisterschaften.**

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.
- 13:00** Stadtteilschule Barmbek, Fraenkelstraße 3
Senator Ties Rabe besucht mit Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, die **Schulkantine der Stadtteilschule Barmbek, Standort Fraenkelstraße.**
- 19:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt begrüßt die **Gruppe der „Baden-Badener Unternehmengespräche“**, bestehend aus Vorständen, Geschäftsführern und Unternehmern aus verschiedenen europäischen Metropolen, die sich alljährlich zu einem Erfahrungsaustausch treffen.
- 19:00** Carlsberg/Holstenbrauerei
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **Mitgliederversammlung des Industrieverbands Hamburg e.V.** eine Rede.
- 19:30** Schmidts Tivoli, Spielbudenplatz 27-28
Senator Dr. Peter Tschentscher ist zu Gast beim **8. Hamburg Animation Award.**
- Freitag, den 24.06.2011**
- 08:15** Hotel Steigenberger, Heiligengeistbrücke 4,
Staatsrat Michael Sachs hält einen Vortrag bei der **Tagung der Hamburgischen Ingenieurkammer** und nimmt an der Diskussionsrunde teil.
- 09:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt **Christine O. Gregoire, Gouverneurin des US Bundesstaates Washington.**
- 10:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt begrüßt die Gäste einer Delegation der chinesischen Provinz Shaanxi anlässlich der Verleihung des **Animation Awards.**
- 11:00** Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Aula Weidenstieg 29
Senator Ties Rabe weiht das „**Haus der Lehrerbildung**“ Weidenstieg ein und spricht ein Grußwort.
- 11:00** Rathaus, Kaisersaal
Senator Michael Neumann gibt einen **Senatsempfang anlässlich 175 Jahre Der Hamburger und Germania Ruderclub** und hält eine Rede.
- 12:45** Kiel, Düsternbrookder Weg 104
Bürgermeister Olaf Scholz trifft **Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zum Antrittsbesuch** in Kiel.
- 16:00** Maretstraße 73
Senator Michael Neumann besucht das **Gartenfest des Deutschen Roten Kreuzes Harburg.**

18:45 Alsterufer 2
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Sommerfestes von RTL- Nord** ein Grußwort.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senator Peter Tschentscher und Senator Michael Neumann nehmen teil.

Samstag, den 25.06.2011

09:30 HafenCity
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort und gibt den Startschuss beim **HSH Nordbank Run**.

10:30 Feuerwehrrakademie, Bredowstraße 4
Staatsrat Volker Schiek besucht die **Dekontaminationsübung DEKON 2011**.

ganztägig Barcelona, Spanien
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt eröffnet gemeinsam mit dem Bürgermeister von Barcelona, Jordi Hereu, die **Ausstellung „Visionen für die Zukunft der Städte“ im Zug der Ideen** in der Estación Franca in Barcelona. Der Zug der Ideen wird vom 25. bis 29.06. 2011 in Barcelona sein.

14:00 Schule Dempfwolfstraße, Dempfwolfstraße 7
Senator Ties Rabe eröffnet die **100-jährige Jubiläumsfeier der Grundschule Dempfwolfstraße** und spricht ein Grußwort.

14:00 HafenCity
Senator Michael Neumann und Staatsrat Schiek nehmen am **HSH Nordbank Run 2011** teil.

14:00 Freilichtmuseum Kiekeberg (Rosengarten)
Senatorin Jutta Blankau eröffnet die neuen **Freizeitrouten im Hamburger Südwesten**.

Sonntag, den 26.06.2011

12:00 Hauptkirche St. Michaelis
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des diesjährigen **Motorradgottesdienstes** ein Grußwort.

13:00 Rennbahn Horn, Rennbahnstr. 96
Staatsrat Jens Lattmann besucht das **142. Deutsche Derby** in Horn.

18:00 Staatsoper, Große Theaterstraße 25
Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Nikolas Hill besuchen die **Premiere des Balletts „Purgatorio“ von John Neumeier**.